P R O T O K O L L

über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppenburg am Dienstag, dem

20.05.2025, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1.	Kreistagsabgeordnete	Christa Preuth-Stuke

Mitglieder

2.	Kreistagsabgeordnete	Carolin Abeln
3.	Kreistagsabgeordneter	Rasmus Braun
4.	Kreistagsabgeordneter	Ulf Dunkel Vertretung für Herrn Stephan Christ
5.	Kreistagsabgeordnete	Ruth Fangmann
6.	Kreistagsabgeordneter	Bernhard Hackstedt Vertretung für Herrn Hermann Schröer
7.	Kreistagsabgeordneter	Herbert Holthaus
8.	Kreistagsabgeordneter	Dirk Koopmann
9.	Kreistagsabgeordneter	Sergei Meier Vertretung für Herrn Klaus Karnbrock
10.	Kreistagsabgeordneter	Josef Osterkamp
11.	Kreistagsabgeordneter	Stefan Riesenbeck
12.	Kreistagsabgeordneter	Henning Stoffers
13.	Kreistagsabgeordneter	Frank Tönnies Vertretung für Herrn Johannes Kalvelage
14.	Kreistagsabgeordneter	Dr. Sebastian Vaske
15.	Kreistagsabgeordnete	Judith Vey-Höwener

Zugewählte beratende Mitglieder

16.	Landes-Caritasverband	Dietmar Fangmann
17.	Diakonisches Werk	Martina Fisser
18.	Der Paritätische	Dorothee Rensen
19.	Arbeiterwohlfahrt	Brigitte Siebum
20.	Deutsches Rotes Kreuz	Johannes Wilhelm

Verwaltung

21.	Persönlicher Referent des Landrates	Malte Blümel
22.	Kreisverwaltungsoberrätin	Carola Krenke
23.	Kreisrat	Ansgar Meyer
24.	Kreisamtsrat	Colja Pregler
25.	Kreisrätin	Anne Tapken

Protokollführer/in

26.	Kreisverwaltungsrätin	Sandra Helmes

Es fehlte/n:

27.	Verein der Integrationslotsen im Landkreis Cloppenburg e. V.	Mina Amiry

28.	Kreistagsabgeordneter	Sven Sager

Tagesordnung:

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit	
2 .	Feststellung der Tagesordnung	
3 .	Einwohnerfragestunde	
4 .	Genehmigung des Protokolls vom 30.01.2025	
5 .	Finanzierung der Tagesbildungsstätte des Caritas-Vereins Altenoythe e.V. für das Schuljahr 2025/26	V-SOZ/25/190
6 .	Antrag der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH auf Erhöhung eines bereits gewährten Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Drobs Cloppenburg - Fachstelle für Sucht und Prävention für die Jahre 2025 bis 2027	V-SOZ/25/191
7 .	Information des Betreuungsvereins Cloppenburg e.V. über die beabsichtigte Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten sowie der damit einhergehenden Investitionen in EDV, Telefonanlage und Mobiliar	V-SOZ/25/192
8 .	Anregungen und Beschwerden	
9 .	Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)	
10 .	Mitteilungen	

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

4. Genehmigung des Protokolls vom 30.01.2025

Die Niederschrift über die Sitzung am 30.01.2025 wurde – bei drei Enthaltungen – einstimmig genehmigt.

5. Finanzierung der Tagesbildungsstätte des Caritas-Vereins Altenoythe e.V. für das Schuljahr 2025/26
Vorlage: V-SOZ/25/190

Keisverwaltungsoberrätin Krenke trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener sagte, dass die SPD ihre Unterstützung für die weitere Finanzierung der Tagesbildungsstätten zum Ausdruck bringe. In den Tagesbildungsstätten werde sehr gute Arbeit von absolut engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet. Die Umwandlung in eine Förderschule sei ein notwendiger Schritt und es sei nicht nachvollziehbar und vertretbar, dass dies so lange dauere.
Kreistagsabgeordneter Riesenbeck gab zu Bedenken, dass die Tagesbildungsstätte nach wie vor über die Eingliederungshilfe finanziert werde und damit eine Antragstellung verbunden sei. Kreisverwaltungsrätin Helmes erklärte, dass diese Hilfe einkommens- und vermögensunabhängig gewährt werde, da es sich um Hilfe zur Teilhabe an Bildung handle.

Auch seitens der CDU werde dieser Antrag unterstützt, so Kreistagsabgeordneter Braun.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

1. **Für alle Schülerinnen und Schüler einer Tagesbildungsstätte, die vom Landkreis Cloppenburg ein Kostenanerkenntnis für Eingliederungshilfeleistungen erhalten oder erhalten haben, wird im Sinne einer weiteren gesicherten Finanzierung der Beschulung für das Schuljahr 2025/2026 auch der darin enthaltene Anteil in Höhe von 42 % für den Kernbereich der schulischen Bildung als freiwillige Leistung finanziert.**

2. **Die Kreisverwaltung wird beauftragt, weiterhin gemeinsam mit dem Caritas-Verein Altenoythe e.V. die Umwandlung der Tagesbildungsstätte Sophie-Scholl-Schule in eine Förderschule GE voranzutreiben und dafür weiterhin gemeinsam mit der Arbeitsgruppe der Sozialdezernenten im ehemaligen Weser-Ems-Gebiet, dem NLT und der Regionalen Planungsgruppe des RLSB beim Land an die Sicherstellung der dafür erforderlichen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingung zu arbeiten.**

6. Antrag der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH auf Erhöhung eines bereits gewährten Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Drobs Cloppenburg - Fachstelle für Sucht und Prävention für die Jahre 2025 bis 2027
Vorlage: V-SOZ/25/191

Kreisamtsrat Pregler trug entsprechend der Vorlage vor und verlas den Beschlussvorschlag.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die SPD die Arbeit der Drogenberatungsstelle als wichtige und unabwendbare Aufgabe unterstütze. Er sei allerdings davon ausgegangen, dass der im November letzten Jahres getroffene Beschluss über die Gewährung eines Zuschusses für die Jahre 2025 – 2027 abschließend gewesen sei. Jetzt erfolge wieder ein Antrag wegen einer vergleichsweise kleinen Summe. Sei es nicht möglich, einen kleinen „Puffer“ einzubauen oder die Verluste im Nachgang bei dem nächsten Antrag auszugleichen?

Hierzu erklärte Kreisamtsrat Pregler, dass dies unter anderem auf einen Wechsel in der Führungsstruktur zurückzuführen sei. Auch die Räumlichkeiten seien nicht mehr geeignet gewesen. Kreisrat Meyer ergänzte, dass es sich hierbei um einen einmaligen Vorgang handele.

Kreistagsabgeordneter Dunkel erläuterte, dass regelmäßig Anträge über finanzielle Zuschüsse für verschiedene Dienste und Angebote zu entscheiden seien. Es mache daher keinen Sinn, finanzielle Aufschläge/Puffer einzuplanen. Richtig sei es hier, aufgrund des konkreten Bedarfs nachzusteuern.

Er sehe das ähnlich wie die SPD, so Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske. Man müsse schauen, wie diese häufigen kleineren „Nachfinanzierungen“ gesteuert werden könnten. Es sollte vorausschauender geplant werden. Es sei Aufgabe der Verwaltung, dies mit den Anbietern zu kommunizieren und Wege zu finden.

Grundsätzlich sei es unabdingbar, Doppelstrukturen zu prüfen und Gelder sorgsam einzusetzen, da die Haushaltsmittel endlich seien.

Kreistagsabgeordneter Stoffers sagte, dass es wichtig sei, dass eine Kontinuität für die Angebote gegeben sei.

Zu dem Wortbeitrag von Kreistagsabgeordnetem Riesenbeck erklärte Kreistagsabgeordnete Fangmann, dass dies nicht so gemeint gewesen sei, dass man vorsorglich über Bedarf bewillige. Aber der Antrag müsse weitblickend verfasst werden. Dafür verfüge man als Leitung einer solchen Einrichtung über entsprechende Erfahrung. Es sei eine langfristige Planung erforderlich.

Kreistagsabgeordneter Braun fragte, ob es Kriterien oder Pauschalen pro Fall gebe, nach denen man die Notwendigkeit beurteilen könne.
Dies verneinte Kreisrat Meyer. Allerdings würden die Fallzahlen und die Personalschlüssel evaluiert und fortgeschrieben.
Kreistagsabgeordneter Braun ergänzte, dass es wichtig sei, dass alle Träger vergleichbar behandelt würden, auch hinsichtlich des Raumangebotes.
Dies sei der Fall, so Kreisrat Meyer.
Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske ergänzte, dass der Antrag der Drobs grundsätzlich nachvollziehbar sei. Es handele sich um generelle Anmerkungen. Grundsätzlich seien langfristige Planungen notwendig, damit nicht wegen kleiner Beträge nachgesteuert werden müsse.

Vorsitzende stellte den Beschlussvorschlag wie vorgetragen zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen gGmbH für die Drogenberatungsstelle Drobs in Cloppenburg für die Haushaltsjahre 2025 - 2027 ein Zuschuss in Höhe von bis zu 270.551,00 EUR (2025), bis zu 281.120,00 EUR (2026) und bis zu 290.727,00 EUR (2027) als Defizitausgleich zu gewähren.

7. Information des Betreuungsvereins Cloppenburg e.V. über die beabsichtigte Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten sowie der damit einhergehenden Investitionen in EDV, Telefonanlage und Mobiliar
Vorlage: V-SOZ/25/192

Kreisamtsrat Pregler trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordnete Fangmann sagte, dass der Betreuungsverein seine Räumlichkeiten künftig im 1. Obergeschoss haben werde. Sei dies behindertengerecht?
Hierzu erklärte Kreisamtsrat Pregler, dass es einen Fahrstuhl gebe und die Räumlichkeiten daher auch von Personen mit Gehbehinderung oder im Rollstuhl zu erreichen seien.
Kreisrätin Tapken ergänzte, dass der Betreuungsverein auch jetzt bereits in diesen Räumen ansässig sei.

Der Sozialausschuss hat die Ausführungen zur Kenntnis genommen.

8. Anregungen und Beschwerden

Vorsitzende Preuth-Stuke fragte, ob es Anregungen oder Beschwerden gebe.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die Bearbeitungszeiten im Sozialamt für den Bereich der Hilfe zur Pflege bereits seit vielen Jahren zu lang seien; sie betrügen in der Regel ein Jahr. Dies sei auch für den Bereich der Bestattungskosten der Fall. Dies führe dazu, dass Bestatter kein Interesse mehr an der Durchführung einer Sozialbestattung hätten, da sie so lange auf ihr Geld warten müssten.
Kreisverwaltungsoberrätin Krenke erläuterte, dass das Problem bekannt sei. Man habe reagiert, indem jetzt eine Geschäftsstelle eingerichtet worden sei, die unter anderem die Kolleginnen und Kollegen in der Abteilung Hilfe zur Pflege entlasten solle. Zudem werde man die Abteilung personell weiter aufstocken. Und es seien Bearbeitungsvorgaben entwickelt worden, die zu schnelleren Bearbeitungszeiten führen sollen. Insgesamt sei sie sehr zuversichtlich, dass dies zu Verbesserungen in der Sachbearbeitung führen werde. Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass es gerade im Bereich der Hilfe zur Pflege oftmals aufwendige Vermögensprüfungen gebe durch das vorhandene Grundvermögen.

Kreistagsabgeordneter Stoffers schlug vor, ob es nicht möglich sei, dass das Sozialamt gerade bei den Anträgen auf Kostenübernahme für Bestattungskosten zunächst in Vorleistung gehe und sich die Kosten dann von den Antragstellern erstatten lasse, wenn es keinen Anspruch geben sollte.
Frau Krenke erläuterte, dass dies im Rahmen der Sozialhilfegewährung nach dem Sozialgesetzbuch 12. Buch (SGB XII) nicht vorgesehen sei. Es dürfe nur Hilfe erfolgen, wenn tatsächlich Bedürftigkeit vorliege.

9. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Anfragen lagen nicht vor.

10. Mitteilungen

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke berichtete, dass unter Federführung des Amtes 55 – Amt für Bildung, Integration und Demografie – ein Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete im Landkreis Cloppenburg entwickelt worden sei. Die Betreiber der Unterkünfte – das Caritas-Sozialwerk St. Elisabeth sowie das Deutsche Rote Kreuz - und das Sozialamt seien beteiligt gewesen.
Die Notwendigkeit zur Erstellung des Gewaltschutzkonzeptes ergebe sich aus dem Asylgesetz. Danach müssten Maßnahmen zum Schutz vulnerabler Personengruppen in Aufnahme- und Gemeinschaftseinrichtungen verpflichtend getroffen werden. Ein Gewaltschutzkonzept stelle eine solche Maßnahme dar. Das Gewaltschutzkonzept sei ein Rahmenkonzept, das durch die Anbieter vor Ort

anzupassen und mit Leben zu füllen sei. Dort seien unter anderem Ansprechpartner zu benennen und baulich-räumliche Rahmenbedingungen zu ergänzen wie Rückzugsräumlichkeiten. Personelle Standards würden benannt und ein Ablaufschemata zum Umgang mit Gewaltsituationen. Zudem seien Beratungsangebote aufgeführt. Es handele sich um ein Konzept, das evaluiert und weiterentwickelt werde.

Das Gewaltschutzkonzept werde dem Protokoll beigefügt.

Um 17:35 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende	Kreisrätin	Protokollführerin